

Das superrote Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

KPÖ



In Zeiten der Krise ist Solidarität wichtiger denn je: Dafür steht die KPÖ.

Kürzungen sind der falsche Weg!

Die mit Corona einhergehende Wirtschaftskrise hat auch Linz fest im Griff.

Im Sommer waren 12.000 LinzerInnen arbeitslos gemeldet, viele ArbeitnehmerInnen sind in Kurzarbeit, ohne sichere Perspektive für den Herbst, und SchulabgängerInnen finden keine Lehrstelle.

Besonders Frauen sind von Arbeitslosigkeit überproportional betroffen. Die Corona-Krise verstärkt die soziale Kluft in der Stadt, denn die Einkommen vieler sinken und die lebensnot-

wendigen Haushaltsausgaben steigen. Die Stadtpolitik darf sich nicht nur auf die Unterstützung der Wirtschaft beschränken, sondern muss auch Mittel zur Krisenbewältigung für die Bevölkerung zur Verfügung stellen. Kürzungen bei sozialen Leistungen sind der falsche Weg aus der Krise.



Gerlinde Grün
KPÖ-Gemeinderätin

Nachhaltigkeit statt Scheinlösungen

Am Linzer Hauptplatz lassen die frisch gepflanzten Linden im Holztrug mitten im Hochsommer die Blätter fallen.

Die grüne Oase vor dem Innovationsbüro logiert auf Kunstrasen aus Plastik. Das vollmundig angekündigte Sommerprojekt „Autofreier Hauptplatz“ wird nach zwei Tagen wieder abgeblasen. Kein schönes Zeugnis für die Klimahauptstadt Linz. Viel medialer Rummel und Geld für

Scheinlösungen ohne nachhaltige Wirkung für das Stadtklima. Was wir wirklich brauchen ist eine Verkehrswende weg vom Auto, eine Aufwertung des öffentlichen Raums für Menschen statt für Kommerz und den Schutz der Grünflächen vor Investoren, damit auch in der Stadt Luft zum Atmen bleibt.

Die Krise solidarisch bewältigen

Die schwarz-grüne Regierung droht uns nach Corona eine „neue“ Normalität an, aber trotz ersichtlicher Fehlentwicklungen soll sich nichts Grundlegendes ändern. Wir wollen dem mit Visionen für eine solidarische Gesellschaft entgegenhalten und haben dazu einige Meinungen eingeholt.



Veronika Kropiunik Wirtschaftspädagogin

Jeder Mensch hat das Recht auf ein lebenswertes Leben und soziale Teilhabe. Dieser Grundanspruch ist aber trotz Massenarbeitslosigkeit und Prekarisierung noch immer nicht in den Köpfen verankert. Daher ist es erfreulich, wenn in Zeiten von Corona ein bedingungsloses Grundeinkommen breiter diskutiert wird.



Dario Krenn Schüler

Wirtschafts- und Klimakrise treffen arbeitende Menschen härter als die reichste Prozent. Wir 99 Prozent brauchen Alternativen wie den Nulltarif bei Öffis, eine Arbeitszeitverkürzung und Mindestlohn und den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft, um Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.



Christine Ortner Sozialarbeiterin

Einen Vorgeschmack auf eine mögliche „Neue Normalität“ durfte ich als RadfahrerIn während des Lockdowns kosten: Weniger Autos auf den Straßen, generell ruhigeres Fahren, gefühlt mehr Rücksichtnahme aufeinander. So macht Radfahren wirklich Spaß! Ich wünsche mir ein Stück dieses Friedens für RadfahrerInnen auch in Zeiten ohne Lockdown.

Kulturelles Leben ermöglichen

Die finanzielle Lage der kleinen und mittleren Kunst- und Kulturbetriebe war schon vor Ausbruch der Pandemie sehr angespannt.

Das Virus hat die Situation nun drastisch verschärft. So ist es auch weiterhin nicht möglich zum Normalbetrieb zurückzukehren. Eine notwendige Perspektive von Seiten der Politik fehlt komplett. Zurzeit ist ein Veranstaltungsbetrieb nur mit massiven Einschnitten möglich.

Eine schon zuvor selbstausbeuterische und unterfinanzierte Veranstaltungsbranche beutet sich noch weiter aus, um möglichst ein bisschen kulturelles Leben zu ermöglichen und zu erhalten. Hier brauchen wir dringend mehr finanzielle Unterstützung. Denn der Verlust der kulturellen Institutionen wäre fatal.

Schwierig ist auch die Situation für die vielen selbstständigen Künstler und Künstlerinnen. Hier könnte mit gezielten Kunstankäufen entgegenwirkt werden.



Andreas Heißl
Kulturarbeiter in der
Stadtwerkstatt,
Kultursprecher der
KPÖ-Linz

Soziale Leistungen im Visier

Sparen – und zwar hart – empfiehlt der Landesrechnungshof in einem Gutachten der Stadt Linz. Das soziale Leistungsangebot der Stadt solle weiter ausgedünnt werden. Aktivpass, Umweltticket, günstigere oder ermäßigte Tarife in den Kindereinrichtungen und Seniorenclubs stehen auf der Abschlusliste.



Das Gutachten des Landesrechnungshofes stammt noch aus der Zeit vor der Corona-Krise. Die budgetäre Situation der Stadt hat sich durch die Krise weiter verschärft. Allein der Einnahmehinfall durch Ausfälle bei der Kommunalsteuer und den Ertragsanteilen wird derzeit auf 100 Millionen Euro geschätzt.

Sparen ohne Tabus?

Der Stadtsenat trat im Juni zu einer Klausur zusammen und beschloss ein Investitionsprogramm für die Wirtschaft. ÖVP und FPÖ mahnten ein Sparen ohne Tabus und die Durchforstung der

städtischen Leistungen ein. Keine guten Aussichten für die soziale Entwicklung der Stadt. Die KPÖ hat sich immer gegen Kürzungsprogramme ausgesprochen und für den Ausbau des Angebots eingesetzt. So ist etwa der städtische Kautionsfonds zur Unterstützung für Menschen mit geringem Einkommen bei der Neuanmietung einer Wohnung auf Initiative der KPÖ im Jänner 2020 eingerichtet worden.

Aktivpass-Kampagne der KPÖ

Unter dem Motto „Aktivpass: Bleib wie du bist!“ konnten bis dato massive

Einschnitte bei dieser vor allem für Frauen wichtigen Leistung der Stadt verhindert werden. Statt Kürzungen im Sozialen braucht die Stadt mehr Angebote zur Krisenbewältigung, um Menschen in Not wieder auf die Füße zu helfen.

So könnte etwa die Einrichtung eines Fonds für MieterInnen, die ihre gestundeten Mieten auf Grund von Einkommensverlusten nicht zahlen können, vor Obdachlosigkeit bewahren. Auch die stadteigene GWG soll auf gestundete Mieten verzichten, wie sie es auch bei Geschäftslokalen tut. Investitionen sollen vor allem im Bereich des sozialen Wohnbaus und den Ausbau der Infrastruktur für Öffis, RadfahrerInnen und FussgängerInnen erfolgen. Das würde auch den Zielen der Klimahauptstadt entsprechen.

Info-Sozial

Aktivpass: Anspruch ab 18 Jahre, Hauptwohnsitz in Linz, Einkommen unter 1.275 Euro. Infos: www.aktivpasslinz.at

Kautionsfonds: Anspruch ab 18 Jahre, Hauptwohnsitz in Linz, Einkommen unter 1.400 Euro, Paare unter 2.100 Euro, plus 200 Euro pro Kind. Anträge bei Beratungsstelle Kompass, Neues Rathaus.

Splitter aus dem Gemeinderat

Wann kommen freie Plakatflächen?

Im September 2019 hob der Verfassungsgerichtshof das generelle Plakatierverbot in Linz von 1983 auf. Trotzdem schob Stadträtin Fechter (SPÖ) die Realisierung freier Plakatierflächen auf die lange Bank. Erst eine KPÖ-Anfrage im März brachte sie zum Handeln. Auch wenn vorerst nur Konsultationen über Standortfindung, Denkmal- und Ortsbildschutz und Verkehrssicherheit auf dem Programm stehen.

Markierung für Rad- und Fußwege

Mit einer Anfrage urgierte KPÖ-Gemeinderätin Gerlinde Grönn im Mai eine bessere Markierung von Rad- und Fußwegen damit FußgängerInnen und RadfahrerInnen sicherer durch die Stadt kommen. Dazu der zuständige VBgm. Hein (FPÖ) lapidar: „Wenn es möglich ist, machen wir das“.

Problematische Wärmedämmstoffe

Bgm. Luger (SPÖ) gestand im Juli ein, dass er mit der KPÖ-Anfrage zum Thema Wärmedämmstoffe im Bau etwas dazugelernt hatte. Und die „Güterschutzgemeinschaft Polystyrol-Hartschaum“ meldete sich gleich mit „großer Besorgnis“ (über ihre Geschäfte, nicht über die Umweltproblematik) zu Wort.

Kritik an Hängebrücke

Im Alleingang boxte die rot-blaue Allianz im Juli die Genehmigung zur Errichtung einer Hängebrücke über die Donau vom Tiergarten zur Franz-Josephs-Warte durch. KPÖ-Gemeinderätin Grönn: „Warum SPÖ und FPÖ dieses Projekt bei so vielen Unbekannten und Bedenken durchdrücken ist ein Rätsel.“

Kommunales Wahlrecht für alle!

Das politische Geschehen in einer Stadt hat unmittelbaren Einfluss auf das Leben aller, die in der Stadt ihren Wohnsitz haben, hier leben, arbeiten und Steuern zahlen.

In Linz waren Anfang dieses Jahres 30.877 Menschen mit Staatsbürgerschaft außerhalb der EU gemeldet, die auch auf kommunaler Ebene über kein demokratisches Mitbestimmungsrecht verfügen.

Im Gegensatz zu vielen anderen EU-Staaten gibt es in Österreich kein

kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige. Daher stellte die KPÖ gemeinsam mit den Grünen eine Resolution an die Bundesregierung mit der Forderung, die Voraussetzung für ein kommunales Wahlrecht für alle zu schaffen.

Diese wichtige demokratiepolitische Forderung wurde mehrheitlich vom Linzer Gemeinderat angenommen. Für die Umsetzung ist allerdings auf Bundesebene eine Verfassungsänderung nötig und damit wird es wohl noch dauern, bis das längst überfällige Wahlrecht für alle in Kraft tritt.



Mit einer eindrucksvollen Kundgebung forderte die Plattform Solidarität am 14. Mai vor der Gemeinderatssitzung die Aufnahme von Flüchtlingen aus griechischen Lagern.

KUK-Ausstieg: Aus für Fristenlösung?

Die Dreieinigkeit von SPÖ, FPÖ und ÖVP beschloss im Mai den Ausstieg der Stadt aus dem Kepler-Universitäts-Klinikum (KUK) – das endgültige Aus für das einstige AKH nach 155 Jahren.

Einst ein Stolz der Stadt wurde das AKH zuerst aus dem Budget ausgegliedert, dann zur GmbH umgemodelt, schließlich in die KUK eingegliedert, wo die

Stadt mit 25,1 Prozent aber nicht mehr viel mitzureden hatte. Die KPÖ hatte immer kritisiert, dass die Stadt neben dem Nettodefizit des AKH auch zig Millionen als Sprengelbeitrag zu zahlen hatte, vom Land aber schlechter behandelt wurde als Gspag und Ordensspitäler.

Das Linzer AKH ist das einzige öffentliche Spital in Westösterreich, in dem die seit 1975 gesetzlich erlaubte Fristenlösung praktiziert wird. Hingegen verweigern Spitäler in ÖVP-dominierten

Bundesländern wie etwa in den Gespag-Spitälern Schwangerschaftsabbrüche. In der KUK war die Fristenlösungsambulanz durch ein Vetorecht der Stadt gesichert. Bürgermeister Luger leugnet nicht einmal die Gefahr des Aus für die Fristenlösung und zerdrückt ein paar Krokodilstränen. Frauenstadträtin Schobesberger (Grüne) hofft auf das Wort von ÖVP-Gesundheitslandesrätin Haberlander. Und bei den SPÖ-Frauen, einst Vorkämpferinnen der Fristenlösung, herrscht Schweigen.

Aktuell, Nummer 4, August 2020

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon +43 732 652156, Mail ooe@kpoe.at, Web ooe.kpoe.at; Konto Oberbank IBAN AT52 1500 0004 8021 9500, BIC OBKAT2L, Druck: druck.at, Leobersdorf. Fotos: Archiv, Scheinost, Meister Eder.



Antwortkarte (oder E-Mail an: ooe@kpoe.at)

Ja, ich bin interessiert, schickt mir Infos:

Folder

Aktivpass KPÖ im Gemeinderat Freifahrt Wohnen Kultur

Broschüren

Wofür steht die KPÖ? Oktoberstreik 1950 Franz Kain Freifahrt Henriette Haill

Probeexemplar

Café KPÖ Volksstimme Die Arbeit Der Mieterschutz Zündstoff

Newsletter an meine E-Mailadresse:

Name und Anschrift:

Porto bei der Empfängerin einheben

ANTWORTSENDUNG

An die
KPÖ-Linz
Melicharstraße 8
4020 Linz